

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925**

30 (5.2.1925)

# Beilage zur Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

### Badischer Teil

#### Badischer Landtag

23. Karlsruhe, 4. Februar.

Bei stark besetztem Hause und Tribünen eröffnet Präsident Dr. Baumgartner nach 4 Uhr die Sitzung mit der Verlesung zahlreicher Eingänge. Nach Erledigung kurzer Anträge berichtet

Abg. D. Mayer-Karlsruhe als Vorsitzender des Geschäftsausschusses über einen Antrag der Staatsanwaltschaft Offenburg zur

#### Strafverfolgung des kommunikativen Abg. Ritter

wegen Nötigung, Bedrohung und grobem Unfug. Es handelt sich um einen Vorfall im Café Palmgarten zu Offenburg, wo Ritter mit zwei anderen Genossen durch Gewaltandrohung die Verabreichung von Getränken nach Feierabend erzwingen lassen soll. Der Ausschuss beantragt einstimmig, die Genehmigung zur Strafverfolgung zu erteilen.

Abg. Ritter spricht von Aufbausehung der Sache, erklärt aber selbst sein Interesse an der Unterjagung.

Abg. Dr. Glogner (Dem.) äußert grundsätzliche Bedenken gegen den Ausschussbeschluss.

Abg. Marum (Soz.) stimmt ihm zu, desgleichen der Abg. Wittenmann (Ztr.). Die Bewegungsfreiheit des Abg. Ritter wie auch die Arbeit des Landtages würden durch das Strafverfahren nicht behindert.

Abg. Hüger (Ztr.) schließt sich dem Abg. Dr. Glogner an. Was dem Abg. Ritter vorgeworfen werde, stehe in keinem Vergleich zu der Anklage gegen Frau Unger, der doch die Immunität zugesprochen wurde.

Der Berichterstatter erklärt, daß die Angelegenheit im Ausschuss nicht als eine politische betrachtet wurde. So harmlos, wie es Herr Ritter hinstelle, schein aber nach den polizeilichen Ermittlungen sein Verhalten nicht gewesen zu sein.

Das Haus pflichtet dann mit großer Mehrheit dem Ausschussantrag bei. Dagegen stimmen 14 Mitglieder des Zentrums und der Demokraten, während sich 5 Abgeordnete der Stimme enthalten.

Es folgt der Bericht des Abg. Schön (Dem.) über den Gesetzentwurf betr.

#### Wirtschaften des Landes Baden für Darlehen an landwirtschaftliche Organisationen.

Hierzu liegen mehrere Anträge aus dem Hause vor. Der Geschäftsausschuss beantragt Annahme der Vorlage in dem Sinne, daß der Minister des Innern ermächtigt wird, zur Verringerung der Not der badischen Landwirtschaft für Darlehen an landwirtschaftliche Organisationen, die selbstschuldnerische Bürgerschaft des Landes bis zu einem Gesamtbetrag von 10 Millionen zu übernehmen.

Die Bürgerschaften können mit einem Betrag von 6 1/2 Millionen Reichsmark sofort, mit dem Restbetrag von 3 1/2 Millionen am 2. März 1925 in Kraft gesetzt werden.

In der Aussprache wird der Gesetzentwurf vom Abg. Maier (Landwirt) lebhaft begrüßt. Die Frühjahrsbestellung wäre ohne Kredit nicht möglich. Die zustehenden Gelder würden zum Teil auch dazu benötigt, die gestundeten Steuern zu bezahlen. Der Redner bittet, dem Landbündelantrag zuzustimmen, von den fälligen Zinsen 3% (statt 2% nach der Vorlage) zu übernehmen.

Abg. Hüger (Ztr.) freut sich gleichfalls über die Vorlage. Weiter zu gehen, war leider nicht möglich. Man müsse aber auch für das Erreichbare dankbar sein. Die beste Sicherung für die gewährten Kredite liege in dem Genossenschaftscharakter der landw. Organisationen.

Ob und wann die Kredite ganz oder teilweise zurückbezahlt werden können, hänge natürlich von dem Ergebnis des Wirtschaftsjahres 1925 ab. Eventuell müßte sich auch dann wieder der Staat zur Hilfe bereit finden. Der Zinsantrag des Landbundes erwede ernste Bedenken.

Abg. Gähler (Komm.) begründet einen Antrag, der sicherstellen soll, daß nur die kleinen bedürftigen Landwirte Kredite erhalten, nicht aber die Großgrundbesitzer.

Abg. Radert (Soz.) würde es für zweckmäßiger gehalten haben, wenn diese Vorlage zusammen mit der Kreditaktion für Hand 1, Gewerbe und Montagen Genossenschaften behandelt worden wäre. Wir haben durchaus Verständnis für die Bedürfnisse der Landwirtschaft. Den anerkanntesten Worten für die Tätigkeit der landw. Genossenschaften schließen wir uns gerne an. Möge man sich in gleicher Weise einstellen, sofern es sich um den genossenschaftlichen Zusammenschluß der Verbraucher handelt. Bei Millionenbeträgen muß der Staat eine gewisse Vorsicht walten lassen. Der Zinsantrag des Landbundes (3%) findet die Zustimmung der sozialdem. Fraktion. An der Kreditaktion müssen alle Kreise der Landwirtschaft, in erster Linie aber die kleinen Landwirte beteiligt sein. Die Genossenschaften möchten zahlenmäßig nachweisen, wie die Gelder verteilt werden sind, damit etwaige Befürchtungen, wie sie der Abg. Gähler äußerte, zerstreut werden.

Abg. Schill (Ztr.) weist darauf hin, daß von der Bauernvereinsorganisation im Jahre 1924 allein ca. 14 000 Kreditgesuche im Gesamtbetrag von rund 7 Millionen Mark erledigt wurden. Das zeugt davon, welche große Not gerade in den Reihen der Kleinbauern herrscht. Sie wird im Jahre 1925 nicht geringer sein. Möge darum die Vorlage der badischen Landwirtschaft zum Segen gereichen.

Abg. Schön (Dem.) teilt mit, daß die Ziffern bei der Landwirtschaftsbank ähnliche seien. Die Behauptung, nur die Großwirts würden Kredite erhalten, sei nichts als leeres Gerede. Bis jetzt sei noch kein Landwirt von der Organisation abgewiesen worden.

Abg. Dr. Gerfurth (Ztr.) stellt den Antrag, es möchten bei der Kreditgewährung auch die in der Badischen Landesgewerbetreibendengewerkschaft 22 250 Landwirte, die den auf Schulze-Dehnbacher Grundlage aufgebauten Kreditgenossenschaften angehören, berücksichtigt werden und zwar gelegentlich der Bürgerschaftsvorlage für das Gewerbe.

Abg. Dr. Matthes (D.Vt.) führt aus: Die Vorwegnahme der Landwirtschaft bei der Kreditaktion entspricht einem Wunsch der landw. Abgeordneten. Wir werden der Vorlage zustimmen, ebenso dem Antrage Maier. Die Entschliebung Dr. Gerfurth könnte zu Konsequenzen für andere Institutionen führen.

Ministerialdirektor Dr. Leers nimmt an, daß die Annahme des Antrages Dr. Gerfurth nicht eine Bindung der Regierung be-

deutet. Seine Tragweite lasse sich heute nicht überblicken. Die Beratung des Gewerbetreibendens im Ausschuss werde Gelegenheit geben, die Dinge näher zu besprechen.

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Dr. Gerfurth folgt die Abstimmung.

Der Antrag Ritter wird abgelehnt, der Landbündelantrag auf Übernahme von 3% Zinsen angenommen. Das ganze Gesetz findet mit dieser Änderung bei Stimmenmehrheit der Kommission in erster und zweiter Lesung Annahme. Angenommen wird bei zahlreichen Stimmhaltungen auch die Entschliebung des Abg. Dr. Gerfurth.

Abg. Freidhof (Soz.) erstattet kurz Bericht über die Abhör der Rechnung des Rechnungshofes für 1923. Das Haus erhebt keine Einwendung.

Es folgt der Bericht des Abg. Weßhaupt (Ztr.) über die Stellungnahme des Geschäftsausschusses zu dem Antrag Gehard (Landbund) u. Gen. betr. die

#### Fogelversicherung.

Der Ausschuss beantragt, der Landtag wolle beschließen: a) Die Regierung zu ersuchen, 1. in den Nachtrag zum Staatsvoranschlag 1924/25 zwecks Auffüllung des Fogelversicherungsfonds den Betrag von 100 000 Mark einzustellen und ferner für das Jahr 1925 an der Nachschußprämie 20% aus Staatsmitteln zu bedenken; 2. Dem Landtag eine Denkschrift über die Einführung der obligatorischen Fogelversicherung vorzulegen;

b) Den obigen Antrag Gehard u. Gen. für erledigt zu erklären. (Dieser Antrag wollte in einem Nachtrag zum Staatsvoranschlag für 1924/25 die Summe von 300 000 Mark zur Förderung und Bewilligung der Fogelversicherung in Baden eingestellt werden.)

Der Ausschussantrag wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Am 12 Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag 1/2 9 Uhr.

#### 23. Karlsruhe, den 5. Februar.

In der heutigen Vormittagsitzung berichtet Abg. Wittenmann (Ztr.) namens des Geschäftsausschusses über die Vorlage des Ministers des Innern betr.

#### Unterstützung des Flugverkehrs durch den badischen Staat.

Er gibt einen kurzen Abriss des augenblicklichen Standes des Luftverkehrs, an dessen Fortschritten auch das Land Baden im Rahmen des Friedensvertrages teilnehmen soll. An dem Ausbau regelmäßiger guter Fluglinien habe gerade die Wirtschaft das größte Interesse. In dieser Erkenntnis seien bereits Bayern und Württemberg mit staatlichen Beiträgen vorangegangen. Unser Land dürfe nicht absteifen lassen, zumal es sich zunächst darum handle, die Linie Mannheim über Stuttgart bis Baden durchzuführen. Dem Minister des Innern könne man für die Vorlage seiner Denkschrift vom 19. Januar nur dankbar sein. Der Ausschuss habe davon mit Befriedigung Kenntnis genommen und schlage vor, die Regierung zu ermächtigen, zur Förderung des Anschlusses Badens an den internationalen Luftverkehr im nächsten Nachtrag zum Voranschlag die Summe von 200 000 Reichsmark einzustellen.

Der komm. Abg. Gähler glaubt bemerken zu müssen, daß es sich um eine Nützlichkeitsmaßnahme gegen Sowjetrußland handle. (Große Heiterkeit.)

Der Berichterstatter konnte darauf hinweisen, daß auch Sowjetrußland aus internationalen Gründen den Flugverkehr unterstützt. (Hört, hört!)

Der Ausschussantrag wird darauf mit allen gegen die Stimme des Abg. Gähler angenommen.

Es folgt die Beratung des Landbündelantrages betr.

#### die Postverhältnisse auf dem Lande,

den Abg. Schrank begründet. Die Regierung soll ersucht werden, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Zustände der Postverhältnisse wieder Platz greifen und insbesondere die Posthilfsstellen aus Mitteln der Reichspost voll erhalten werden.

Abg. Seebach (Ztr.) unterstützt den Antrag. Er ergänzt die Darlegungen des Antragstellers über die äußerst ungünstigen Verhältnisse für die Landpost. Jetzt lägen die Dinge so, daß man oft 2 und noch mehr Tage auf seine Briefschaften und Zeitungen warten müsse. Die Oberpostdirektion Karlsruhe sei erfreulichweise bemüht, die Mißstände zu beseitigen. U. a. habe man gerade abgebaute Postagenturen aufs neue eingerichtet.

Abg. Weßhaupt (Soz.) teilt gleichfalls für die Abstellung der für die Landbevölkerung unergünstigen Verhältnisse der Abg. Hüger (Dem.) und Dr. Hübe (Ztr.). Alle Redner verwahren sich dagegen, daß das platte Land weiterhin von Berlin zurückgesetzt wird. Abbaumassnahmen mögen während des Krieges angebracht gewesen sein. Jetzt heiße es, Wandel zu schaffen und den berechtigten Wünschen des verächtlichen Landvolkes endlich Rechnung zu tragen.

Abg. Gähler (Komm.) stimmt dem Antrag zu.

Abg. Amann (Ztr.) verweist auf unbillige Verhältnisse in der Bodenseeregion.

Abg. Fischer-Unterlauchringen (Ztr.) auf trostlose Zustände im badischen Oberlande. Die Regierung möge ihren ganzen Einfluß aufbieten, damit Remedur geschaffen wird, zumal es sich inzwischen gezeigt habe, daß Geld vorhanden ist.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Dnt.) will in dem harmonischen Konzert nicht fehlen und erklärt, daß auch seine Freunde dem Antrag zustimmen.

Der Antrag wird dann einstimmig angenommen.

Abg. Weßhaupt (Ztr.) begründet eine förmliche Anfrage, die gegen die Einfuhr von Zuchtvieh, insbesondere Zuchtschafzucht, aus der Schweiz

wendet.

Dadurch erwache der oberbadischen Rindviehzucht nicht nur großer Schaden, sondern es würden auch in manchen Zuchtbezirken jahrelange züchterische Leistungen gestört. Die Regierung wird gebittet, was sie zur Beseitigung der Mißstände zu tun gedenke.

Der Redner fordert im weiteren scharfe Handhabung der Seuchenpolizei und eine Anweisung, die Gemeinden, ihr Geld nicht unnötigerweise ins Ausland zu bringen. Man möge alles daran setzen, die Inlandszucht zu fördern, auf daß wir damit weiter an der Spitze marschieren.

In Beantwortung der förmlichen Anfrage erklärt Ministerialrat Klein: Ein Bedürfnis zur Einfuhr von Zuchtvieh in das oberbadische Zuchtgebiet liegt nicht vor. Es kann sich nur um vereinzelte Fälle handeln, wo hochwertige Zuchttiere aus dem Simmental zur Blutauffrischung eingeführt werden. Aus dem Jahre 1924 sind in 23 Fällen 146 Tiere eingeführt worden, wovon 11 Fälle mit 80 Tieren auf Oberbaden entfallen. Ein Einfuhrverbot aus wirtschaftlichen Gründen ist nach dem deutsch-schweizerischen Abkommen vom 9. Nov. 1924 nicht möglich. Die Einschränkung der Einfuhr aus seuchenpolizeilichen Gründen setzt einen gewissen Grad der Verschwendung in der Schweiz voraus. Diese Vorschrift aber rechtfertigt bei dem derzeit nahezu völlig freiesin der Schweiz von Seuchen eine allgemeine Sperrung der Einfuhr nicht.

Das Haus beschließt die Besprechung der Anfrage, die in der um 1/4 Uhr beginnenden Nachmittagsitzung stattfinden soll. Schluß nach 10 Uhr.

#### Eingänge

Dem Landtag sind mehrere Schulanträge zugegangen. Das Zentrum wünscht folgende Bestimmung im badischen Schulgesetz: Wenn in einer Schule infolge Austritts eines Lehrers aus einer Religionsgemeinschaft, in der er bisher Religionsunterricht erteilt, oder infolge seiner Erklärung den Religionsunterricht fürderhin nicht mehr geben zu wollen, die Erteilung des Religionsunterrichts im lehrplanmäßigen Umfang erschwert wird, so ist der betreffende Lehrer auf Antrag der Ortschulbehörde zu versetzen. — Die Deutschnationalen wollen Art. 2 Abs. 1 des Gesetzes über den Aufwand für die Volksschule vom 23. März 1923 wiederhergestellt wissen.

Eine förmliche Anfrage des Zentrums wendet sich gegen die Gefahr der Verknüpfung der süddeutschen Kohlenversorgung infolge der Abfuhr des Kohlenhydrits, den Vertrieb und die Wasserfrachtung für ganz Süddeutschland dem Kohlenhändler Wehnenmeyer u. Co. in Müllheim-Ruhr zu übertragen.

Die Abgg. Maier-Heidelberg (Soz.) und Geurtz (Ztr.) haben einen Antrag zum Steuerabzug eingebracht, die Regierung wolle in Berlin dahin wirken, daß der steuerfreie Betrag auf monatlich 100 Mark wöchentlich 25 Mk. erhöht und statt 10 % künftig bis zu einem steuerbaren Einkommen von 8000 Mark 8 % als Steuerjah erhoben werden. Die Degression soll in ihrem bisherigen Umfang bestehen bleiben.

Ein Antrag Wirth (Soz.) u. Gen., der soeben dem Landtag zugegangen ist, betrifft die Schaffung einer Personenautolinie von Rahr-Dinglingen über Konnenweier-Wittenweier-Kappel a. Rh.-Ruhr nach Orschweier.

Zu dem Antrag Duffner (Ztr.) betr. Änderung des Finanzausgleichsgesetzes liegt ein Zusatzantrag Wittenmann (Ztr.) vor, wonach den Ländern ihre eigene Finanzhoheit und Finanzverwaltung wieder zurückgegeben werden soll.

Unter den neu eingelaufenen Gesuchen befindet sich eine Eingabe des Bad. Lehrervereins betr. Änderung des Schulgesetzes. Der badische Gemeindeverband wird wegen Änderung des § 26 des Schulgesetzes vorstellig. Oberbürgermeister Dr. Renner in Rastatt bittet um Erweiterung der siebenklassigen Realschule derselbst zu einer Oberrealschule. — Der Gemeinderat Mosbach wünscht Ausbau des Realgymnasiums in Mosbach zu einer staatlichen Vollenanstalt.

Weitere Eingaben betreffen die Gehaltsverhältnisse der Oberlehrer in den fünf größten Städten des Landes, die Einstufung der maschinentechnischen Beamten und die Einstufung der Fortbildungsschullehrer, die Handhabung des Reichsimpfgesetzes und das badische Landwirtschaftsministergesetz.

Die deutschnationalen kündigen eine kurze Anfrage an, wie sich die Regierung zu dem Projekt einer festen Rheinbrücke bei Magau stelle.

#### Kommunale Rundschau

Tagung der badischen Kreise. Am 31. Januar fand in Freiburg i. Br. ein Kreistag, der von sämtlichen badischen Kreisen gut besucht war, statt. Eingehende Erörterung fanden der Entwurf eines Gesetzes über die Änderung des badischen Grund- und Gewerbesteuergesetzes, die Beteiligung der Kreise an der Vermögens- und Kraftfahrzeugsteuer, die Ausführung der Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht und Jugendwohlfahrt in Baden, die Organisation der Wanderversicherung in Baden und das landwirtschaftliche Schulwesen.

Städtische Sparkasse Karlsruhe. Der Stand der reinen Spar-einlagen ergab am Ende Oktober 1924 1 082 000 Mark, Ende November 1924 1 488 000 Mark, Ende Dezember 1924 1 820 000 Mark und erreicht nunmehr Ende Januar 1925 den Betrag von 2 1/2 Millionen Mark mit 2 281 000 Mark. In neuen Sparbüchern wurden ausgegeben im Monat Oktober 272 Stück, im November 377, im Dezember 462 und nunmehr im Januar 1925 634 Stück.

Der Gemeinderat Nehl hat beschlossen: Mit Rücksicht auf die große Wohnungsnot soll für das Jahr 1925 der vierfache Betrag des Vorjahres, also 400 000 Mark, für Gewährung von verbilligten Baudarlehen vom Bürgerauschuss angefordert werden. Im Vorjahr waren für eine Wohnung höchstens 5000 Mark Darlehen zum verbilligten Zinsfuß von 5 Prozent bewilligt worden. Dieses Jahr sollen für eine Zweizimmerwohnung mit Küche 5000 Mark, für eine Wohnung von drei und mehr Zimmern 8000 Mark gegeben werden. Anderweitige Baudarlehen (Wohnungsverband, Arbeitgeberzuschuß usw.) werden angerechnet. Zur Verminderung der Straßenaufkosten, der Gebäudeunterhaltungskosten usw. soll in geschlossener Bauweise gebaut werden. — Der mit dem Gaswerk Straßburg abgeschlossene Lieferungsvertrag erhält eine Abänderung. — Bekanntlich sagt der Kaufvertrag, daß wenn die Gemeinde bis 1929 den Restkaufpreis mit 300 000 Mark noch nicht bezahlt hat, das Werk samt Anlagen in den Besitz der Verkäuferin zurückgeht. Für diesen Fall soll dem Lieferungsvertrag zugesetzt werden, daß derselbe sich nicht bis 1950 erstreckt, sondern nur bis 31. Dezember 1932, d. h. bis zum Ablauf der Konzession des Gaswerks nach dem alten Vertrag.

Der Voranschlag der Stadtgemeinde Müllheim sieht u. a. an Schulbeiträgen für die Volksschule 12 730 Mk., für die Fortbildungsschule 1645 Mk., für die Realschule 24 778 Mk., für die Gewerbeschule 6945 Mk. und für die Frauenarbeitschule 4880 Mk. vor.

aus der Landeshauptstadt

Warnung vor einem Schwindler. Der Polizeibericht meldet: In letzter Zeit ist in Königsbach, Pfalz, Graben und Strauß ein Betrüger aufgetreten, der bei Kolonialwarenhändlern sich fälschlicherweise als Angestellter der Deutsch-amerikanischen Petroleumgesellschaft ausgab...

Landestheater. Am Sonntag, dem 8. Februar, gelangt im Konzerthaus nicht das Lustspiel „Das Glas Wasser“ von G. Schick, sondern das Spiel um die Ehe, in vier Stationen: „Liebesverbot“ von Heinrich Heine...

Kurze Nachrichten aus Baden

Weinheim, 4. Februar. Der bekannte 73jährige Obermalbichter Adam Karillon brach, wie das „Heidelberger Tageblatt“ berichtet, am 1. Februar beim Bahnhof auf der Straße vor einem heranfahrenden Auto plötzlich zusammen...

Heidelberg, 4. Febr. Im Alter von 82 Jahren ist der aus Großhagen gehörige langjährige frühere Lehrer an der hiesigen Oberrealschule Hofrat Professor Gustav Hölzer nach langem schwerem Leiden gestorben...

Schweiningen, 4. Febr. Die Ortsauschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes von Schweiningen und Godesheim fordern in einer öffentlichen Bekanntmachung die Bewohner dieser beiden Orte auf, den Vertriebsvertrag einzustufen...

Walldorf, 4. Febr. Der vom Bürgermeister Trunt von Walldorf wegen verurteilender Beleidigung anlässlich gegen ihn gerichteter Anschuldigungen wegen angeblicher Unterschlagung von Erwerbslosengeldern erhobene Strafantrag richtet sich

bisher gegen 12 Personen, darunter gegen den verantwortlichen Redakteur des Mannheimer Kommunistenblattes und zwei nächtliche Beamte.

Im großen Steinbruch wollten Arbeiter eine nicht zur Explosion gelangte Sprengladung ausbohren. Damit ging der Schuß plötzlich los und die Ladung traf vier Arbeiter ins Gesicht. Sie erlitten so schwere Verletzungen, daß sie in das Krankenhaus nach Forbach verbracht werden mußten.

Heidelberg, 6. Febr. Gestern abend um halb 12 Uhr geriet auf bisher unaufgeklärte Weise das außerhalb der Stadt gelegene Wohn- und Ökonomiegebäude des Landwirts Albert Müller in Brand. Innerhalb zwei Stunden brannte das ganze Gebäude bis auf die Umfassungsmauern nieder.

Konstanz, 4. Febr. Wie die Konstanzer Zeitung meldet, steht in den nächsten Tagen die Gründung einer Luftverkehrs-Gesellschaft Konstanz bevor, die den Ausbau des Konstanzer Flughafens energisch in die Hand nehmen soll, um im Frühjahr rechtzeitig eine Inbetriebnahme des Hafens für den Flugverkehr zu ermöglichen.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

Table with columns for location (Amsterdam, Kopenhagen, etc.), date (5. Febr., 4. Febr.), and exchange rates (Geld, Brief).

Karlsruher Börse vom 4. Febr. Abteilung Getreide, Mehl und Futtermittel. Die flauere Stimmung hat einer leichten Befestigung Platz gemacht, ohne vorläufig eine wesentliche Belebung herbeizuführen. Weizen neue Ernte handelsüblich 27,5 bis 29...

Badische Lichtspiele für Schule und Volksbildung. Konzerthaus. Erstaufführung Samstag, 7. Februar, nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr, Sonntag, 8. Februar, nachmittags 4 Uhr, Montag, 9. Februar, Dienstag, 10. Februar abends 8 Uhr. COLUMBUS. Der Film vom Bau und Betrieb des neuesten deutschen Riesendampfers des Nordd. Lloyd Bremen.

Bürgermeister. Die Stelle des Bürgermeisters der Stadtgemeinde Walldorf mit 4000 Einwohnern soll umgehend neu besetzt werden. Wahl erfolgt am 15. Februar 1925.

Einmündigensteuerzahlungen der Landwirte. Es wird darauf hingewiesen, daß die auf 15. Februar 1925 fälligen Einmündigensteuerzahlungen der Landwirte nur in der Höhe von drei Vierteln des in der Bescheidungsbescheid angegebenen Vierteljahresbetrags zu leisten sind.

Geldgeschäftswandte Frau wünscht eine Sittliche zu übernehmen. Ration kann in jeder Höhe gestellt werden.

Detektiv-Privat-Auskunft. „Argus“ Mannheim O. 6. 6. Planken 3.47 Fernspr. 5305 A. Maler & Co., G. m. b. H.

Bürgerl. Rechtspflege. a. Streitige Gerichtsbarkeit. 3.388. Gengenbach. Auf Antrag des Schloßers Martin Langer in Wein...

Aufgebot. 3.387.2.1 Offenburg. Der Landwirt Josef Neff in Bühl als Vertreter seiner Mutter Wilhelm Neff Landwirts Witwe Franziska geb. Geist in Bühl hat die Ausschließung des eingetragenen Eigentümers des Grundstücks L. Nr. 799, 8 ar 98 qm Ackerland im Krefentweg, Gemarkung Bühl im Wege des Aufgebotsverfahrens beantragt.

Aufgebot. 3.386.2.1 Offenburg. Der Landwirt Josef Geist in Griesheim hat die Ausschließung des eingetragenen Eigentümers des Grundstücks L. Nr. 748, 11 ar 27 qm Ackerland im Krefentweg, Gemarkung Griesheim im Wege des Aufgebotsverfahrens beantragt.

Aufgebot. 3.385. Bühl. Die durch Beschluß des Amtsgerichts Bühl vom 18. Mai 1922 verfügte Entmündigung des Landwirts Karl Bollmer in Eßlingen wegen Trunksucht wird aufgehoben.

Besucht noch heute die Badische Luftfahrt-Ausstellung Karlsruhe in der städt. Ausstellungshalle vom 31. 1. 25 bis 8. 2. 25 Geöffnet von 10-10 Uhr

Badisches Landestheater Vorstellung im Städtischen Konzerthaus. Freitag, 6. Februar. Einmaliges Operetten-Gastspiel (Direktion Max Müller-Schauspielhaus Pforzheim). Zum erstenmal: Die Frau ohne Kopf.

Eigennutzholzverkauf. Das Badische Forstamt Karlsruhe-Dacht. Versteigert aus Staatswald Kardinalswald jeweils morgens 9 Uhr beginnend im Goldenen Acker in Karlsruhe (Karlsfriedrichstr. 12): 1. am Dienstag, den 10. Febr. 1925: Stammholz: 120 Festmeter I, 242 Festmeter II, 401 Festmeter III, 160 Festmeter IV, 20 Festmeter V, 2 Festmeter VI. 2. am Mittwoch, den 11. Februar 1925: 348 Ster Eigennutzschichtholz. - Auszüge und weitere Auskünfte durch das Forstamt. 3.299.2.1

Forst-Abzente-Versteigerung. Das Forstamt Pfullingen (Baden) versteigert am Donnerstag, den 12. Februar 1925, vorm. 10 Uhr im „Klopp“ in Pfullingen aus dem Wald Hiltner Luffhardt Wdt. 30, 32, 33, 34, 37, 38, 39, Forst-Abzente 53 Festmeter I, 215 Festmeter II, und 70 Festmeter III. Anwesen: Forstwart Pfullingen in Pfullingen.

Verschiedenes

Bedeutende Erfindung auf dem Gebiet der Dampfbereitigung. Wie das „B. Z.“ meldet, hat der Ingenieur Bernhard Becker in Rohra bei Weimar einen Dampfkessel erfunden, der eine Umwälzung auf dem Gebiete der Wärmetechnik hervorgerufen dürfte. Der Kessel, der aus einem Röhrensystem besteht, erzeugt Leistungen, die ebenso groß sind wie die eines 200mal so großen Dampfkessels in der üblichen Form.

Dem Ruf nach guten und doch billigen Waren kommt eine Einrichtung des Einzelhandels entgegen, die unter dem stehenden Namen „Weiße Woche“ allgemein bekannt ist. Gerade in der Beamtenstadt Karlsruhe, die von einem dichten und weiten Kreis von Ortschaften und Kleinstädten umgeben ist, hat sich diese Einrichtung besonders entfaltet.